

- 14 Bernd-Reiner Fischer: Ein auslaufendes Modell. Das Verschwinden des DDR-Wissenschaftlers. In: Transformationen der deutschen Bildungslandschaft (Anm. 6), S. 103-113, hier 113.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Wir danken Ihnen, Herr Professor Anweiler, und ich bitte jetzt Herrn Dr. Florath um seinen Vortrag.

Dr. Bernd Florath: Meine Damen und Herren, ich habe eben mit meinem Kollegen schon festgestellt, daß Ihnen manche Doppelungen erspart geblieben wären, wenn wir vielleicht vorher einige Dinge untereinander abgesprochen hätten, denn es gibt Feststellungen, die sind so grundsätzlich, daß wahrscheinlich kein Kollege darum herumkommt, sie immer wieder zu wiederholen, wie die folgende: die Feststellung, daß das Interesse der SED an der Wissenschaft keines wissenschaftlicher Natur war, ist zweifellos banal. Ihr Interesse war politischer Natur, richtete sich auf die historische Legitimierung des eigenen Tuns, was sie an sich noch nicht unterscheidet von anderen Parteien. Ihre eben nicht zufällige, aber beanspruchte und mit allen Mitteln durchgesetzte monopolistische Stellung oktroyierte dieses politische Interesse immer wieder nicht nur der gesamten Gesellschaft, sondern auch den Wissenschaftlern auf.

Worüber ich jetzt sprechen will, das ist eine Debatte unter Historikern, die sich Ende der siebziger Jahre entwickelte, nämlich die Debatte, die mit der Frage nach Erbe und Tradition der „sozialistischen Nation der DDR“ den Kern ihres historischen Verständnisses thematisierte. Es gibt einige Indizien, die darauf hindeuten, daß diese Debatte nicht unmittelbar einer politischen Weisung der zuständigen SED-Instanzen entsprang, sondern eine mittelbare Reaktion auf die ideologischen Inkongruenzen war, die sich aus den Änderungen der nationalen Selbstdefinition zu Beginn der siebziger Jahre ergaben. Unabhängig von der Frage, ob und inwieweit auch am Beginn der Diskussion um Erbe und Tradition ein expliziter Auftrag der SED an ihre Historiker vorlag oder ob sie sich aus der Logik anderer Aufträge ergab, muß die Ausgangslage umrissen werden, um nachvollziehen zu können, was an ihr neu war, was sie modifizierte, welche Antriebe sie hervorbrachten und forttrieben.

Vergleicht man die intensiven Vorbereitungen der Moskauer Exilführung der KPD und Ulbrichts konzipierende Interventionen in die historische Forschung mit den diesbezüglichen Äußerungen Honeckers, muß klar festgehalten werden: Honecker hatte überhaupt keine historische Konzeption. Er orientierte die SED Anfang der siebziger Jahre unter dem Schlagwort des „internationalistischen Wesens“ des Sozialismus wieder darauf, daß die DDR – ich zitiere ihn – „ein fester, unverrückbarer Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft“ sei, wofür er nicht zuletzt das Argument anführte, sie stehe hinter – oder vielleicht besser unter – dem „militärischen Schild der Sowjetarmee“. Die neuerliche Betonung der im Vergleich zur nationalen höhere Bedeutung tra-

genden international-kommunistischen Bindung für das SED-Selbstverständnis setzte zugleich eine Reformulierung der nationalen Frage auf die Tagesordnung. Es ging um die Abgrenzung zur Bundesrepublik, um die Feststellung der Endgültigkeit der Spaltung der deutschen Nation, die noch in den sechziger Jahren von Ulbricht als – wenn auch nur unter einer Reihe von Vorbedingungen – rekonstruierbare Einheit zumindest verbal postuliert wurde. Nunmehr galt die Spaltung als bereits Mitte der fünfziger Jahre endgültig vollzogen, „eine staatliche Wiedervereinigung, die die SED bis dahin angestrebt hatte“, als unmöglich. (Walter Schmidt, Boykott aus Angst vor der Wahrheit, in: Junge Welt, 18.6.1974)

Bereits zu Beginn der siebziger Jahre wurde die Ulbrichtsche „nationale Grundkonzeption“ der deutschen Geschichte verworfen. Die Nachkriegsgeschichte Deutschlands war künftig nicht mehr die Geschichte der Spaltung eines Landes. Innerhalb der Kontinuität einer auf die DDR bezogenen deutschen Geschichte hatte sich die Bundesrepublik abgespalten, war somit aus der deutschen Geschichte ausgeschieden. Die Geschichte dieses – gewissermaßen – Sezessionsstaates wurde Gegenstand der Abteilungen für Allgemeine (das heißt außerdeutsche) Geschichte, wo sie im Rang freilich weit hinter der der Sowjetunion, der sozialistischen Bruderstaaten und Chinas etwa in Augenhöhe mit der Frankreichs, Englands, der USA rangierte. Das ihrer Erforschung zugestandene Forschungspotential freilich war noch geringer.

Es war nur konsequent, daß unter diesen Prämissen die Definition der DDR als Staat deutscher Nation an ihrem 25. Gründungstag aus der geltenden Verfassung gestrichen wurde. Indes wurde relativ rasch deutlich, daß sich hieraus eine Desorientierung ergab, die selbst die Kader der SED erfaßte. Die offenbare Tatsache, daß auch diese sich nach wie vor als Deutsche verstanden, aber einfach nicht mehr wußten, welche Nationalität sie auf dem Anmeldezettel eines Hotels angeben sollten, rief eine gewisse Unruhe hervor, die erst durch die feinsinnige Unterscheidung zwischen Nation und Nationalität behoben wurde. Deren unmittelbarster Ausdruck war das meines Wissens letzte Extrablatt des „Neuen Deutschland“ zum Raumflug Sigmund Jähns: „Der erste Deutsche im All – ein Bürger der DDR.“

Aus dieser Situation eröffnete sich für die SED ein Problem der historischen Legitimationsideologie. Die Selbstkonstituierung der DDR als Nation gewissermaßen *sui generis* konnte man schlechterdings nicht legitimieren, wie dies im Kern in den vierziger Jahren geschah, unter der Maßgabe des Entweichens aus der deutschen Misere, also der deutschen Geschichte, indem man sich adoptieren ließ durch den siegreichen Strang des Fortschritts, wie ihn die ruhmreiche Sowjetunion verkörperte. Die DDR mußte sich auf sich selbst beziehen, auf die eigene Nationalgeschichte. Die SED-Führung mußte aus mehreren Gründen ein einseitiges, ausschließlich internationalistisches oder proletarisches Selbstverständnis vermeiden: